

RISIKO & VORSORGE IM FOKUS



Biometrische Risiken 2014

Wie die Bundesbürger verstärkt Vorsorge betreiben sollten,
um sich für die großen Lebensrisiken zu wappnen

Gothaer

F.A.Z.-INSTITUT

FÜR MANAGEMENT-, MARKT- UND MEDIENINFORMATIONEN GMBH

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Executive Summary: Risikoabsicherung mit großen Lücken	4
Design und Methodik der Studie	7
Marktüberblick: Ein vielschichtiger Begriff für reale Risiken	8
Befragungsergebnisse	
Risiken erkannt, Risikovorsorge vernachlässigt	12
Gefahr der Berufsunfähigkeit wird ausgeblendet	16
Rentenlektion verstanden?	20
Pflegefall – das verdrängte Risiko	24
Glossar	26
Ansprechpartner	27

IMPRESSUM Haftungsausschluss: Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen Redaktion, Verlag und Herausgeber keine Gewähr.

© April 2014

Herausgeber:
Gothaer Versicherungsbank VVaG, Presse und Unternehmenskommunikation,
Gothaer Allee 1, 50969 Köln

F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH,
Frankenallee 68-72, 60327 Frankfurt am Main
(zugleich auch Verlag; Geschäftsführung: Volker Sach)

Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und der Speicherung in elektronischen Medien.

Verantwortlicher Redakteur und Autor: Dr. Guido Birkner
Gestaltung und Satz: Christine Lambert
Lektorat: Anna Knetsch
Druck und Verarbeitung: Boschendruck GmbH,
Alpenroder Straße 14, 65936 Frankfurt am Main, www.boschendruck.de
Diese Studie wurde klimaneutral hergestellt.
Der CO₂-Ausstoß wurde durch Klimaschutzprojekte kompensiert.
Titelfoto: iStockphoto.com

ISBN: 978-3-89981-386-9

Vorwort

Die Bundesbürger wie auch die Menschen in anderen Staaten der westlichen Welt erfreuen sich einer kontinuierlich steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung. Laut der Sterbetafel 2009/2011 haben neugeborene Mädchen in Deutschland heute im Schnitt eine Lebenserwartung von 82,7 Jahren, neugeborene Jungen eine Lebenserwartung von 77,7 Jahren – und der Trend zeigt eine weitere Steigung an. Die Hauptgründe für die längere Lebenszeit sind der medizinisch-technische Fortschritt, die verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen sowie das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Menschen.

Trotz der guten Perspektiven für die Bevölkerung lassen sich elementare Lebensrisiken bestenfalls reduzieren, aber nicht beseitigen. So ist jeder Mensch dem Risiko ausgesetzt, schwer zu erkranken, invalide bzw. berufsunfähig oder zu einem Pflegefall zu werden. Solche Ereignisse verändern das Leben der Beteiligten gravierend. Das gilt sowohl für das Leben der Menschen, die am eigenen Leib betroffen sind, aber auch für die nächsten Angehörigen und andere nahestehende Personen.

Schwerwiegende Ereignisse wie die Berufsunfähigkeit oder der Pflegefall werden in der Versicherungswirtschaft unter dem Begriff der biometrischen Risiken zusammengefasst. Sie drehen sich um grundlegende Veränderungen der biologisch bedingten Lebensverhältnisse der Menschen. Zu den biometrischen Risiken zählen nicht nur eindeutig negative Vorfälle wie etwa Krebserkrankungen, sondern auch einige grundsätzlich positive Entwicklungen, die aber dem Leben eine andere Richtung geben. So ist der Umstand, dass die Menschen eine zunehmend längere Lebenserwartung haben, erfreulich. Eine deutlich verlängerte Lebensphase nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben macht es aber notwendig, dass die Menschen für ihren Ruhestand entsprechend umfangreich vorsorgen sollten.

Die Studie „Biometrische Risiken 2014“ untersucht, wie die volljährigen Bundesbürger die elementaren Lebensrisiken für sich und für ihre nächsten Angehörigen absichern. Das Augenmerk liegt dabei besonders auf der Relevanz einer privaten Vorsorge für verschiedene Risikolagen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, für wie wahrscheinlich es die Menschen erachten, ihr Leben aufgrund unerwarteter Ereignisse nicht mehr wie gewohnt fortsetzen zu können, und welche Konsequenzen sie daraus für ihre Vorsorge ziehen.

Die Studie basiert auf einer Befragung der Marktforschungsgesellschaft forsa aus Berlin im Auftrag der beiden Herausgeber. Im Januar 2014 wurden 1.003 Erwachsene ab 18 Jahren in Deutschland zu den grundlegenden Lebensrisiken Todesfall, Berufsunfähigkeit, Invalidität, schwere Krankheit, Pflegefall und Langlebigkeit sowie zu ihrer Vorsorge für diese Risiken befragt. Aufgrund der Zufallsauswahl bei der Ziehung der Stichprobe ist die Erhebung repräsentativ für die befragte Personengruppe. Die Telefoninterviews wurden auf der Basis eines abgestimmten Fragebogens nach der CATI-Methode computergestützt durchgeführt. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

*Gothaer Versicherungsbank
F.A.Z.-Institut*

EXECUTIVE SUMMARY

Risikoabsicherung mit großen Lücken

Die Menschen in Deutschland sind sich der biometrischen Risiken durchaus bewusst, sorgen aber gegen einige dieser Risiken kaum ausreichend privat vor. Eher verlassen sie sich wie schon in der Vergangenheit auf die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung und auf die Hilfe des persönlichen Lebensumfelds. Unter den biometrischen Risiken fürchten sie vor allem schwere Erkrankungen und den Pflegefall, während viele das Risiko einer Berufsunfähigkeit übersehen. Gerade psychische Erkrankungen schließen die meisten Befragten für sich aus. Rund jeder dritte Bürger sieht sich von Altersarmut bedroht. Junge Erwachsene haben erkannt, dass für sie eine ausreichende finanzielle Ausstattung im Alter nur über kapitalgedeckte Vorsorge möglich sein wird.

Die Bundesbürger sehen in schweren Krankheiten und in der Pflegebedürftigkeit die größten biometrischen Risiken für sich und für nahe Angehörige

Die überwiegende Mehrheit der Erwachsenen macht sich wegen der großen Lebensrisiken Sorgen um die eigene Person und um die nächsten Angehörigen. Vor allem das Risiko schwerer Erkrankungen und das der Pflegebedürftigkeit machen den meisten Bürgern Angst. Hinzu kommt das Risiko eines plötzlichen Todesfalls im unmittelbaren Lebensumfeld. Tendenziell ist die Furcht auf Seiten der befragten Frauen größer als die Sorgen der Männer.

Als etwas geringer, aber längst nicht als geringfügig schätzen die Menschen die Gefahr der Altersarmut für den Fall ein, dass ihnen ein langes Leben beschert sein wird. Gut vier von zehn Befragten erwarten für sich oder für die nächsten Angehörigen während des Ruhestands zu geringe Einnahmen im Fall der Langlebigkeit. Gerade die Bürger zwischen 18 und 59 Jahren sehen für sich hier eine große Bedrohung und einen entsprechenden Versorgungsbedarf. Die größte Sorge um Altersarmut in Verbindung mit einer hohen Lebenserwartung äußern die befragten Arbeiter. Anders sieht es bei den heutigen Rentnern aus. In dieser Gruppe hat ein Drittel Furcht vor zu geringen Einnahmen im Ruhestand.

Die meisten Erwachsenen befürchten deutlich steigende Kosten und zu geringe Einkünfte im Alter

Fast alle befragten Bürger sind sich der Bedrohung bewusst, dass ihnen und ihrem Lebensumfeld im Alter finanzielle Risiken drohen, und äußern Angst vor solchen Szenarien. Vor allem rechnen die meisten Erwachsenen damit, dass sich viele Dinge des täglichen Lebens für sie langfristig deutlich verteuern. Beispielsweise erwarten sie einen erheblichen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Auch sinkende Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und steigende Ausgaben für medizinische Behandlungen tragen dazu bei, dass viele Menschen im Alter ein zusätzliches Finanzpolster benötigen werden.

Das können große Teile der Bevölkerung aber kaum mit dem eigenen Einkommen aufbauen. Rund ein Drittel der Befragten rechnet damit, im Ruhestand nebenberuflich tätig zu sein, um den eigenen Lebensunterhalt mitzufinanzieren. Gerade die junge Altersgruppe unter 30 Jahren sieht für sich einen großen Bedarf, die Einnahmen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und den privaten und betrieblichen Vorsorgequellen um zusätzliche Einnahmequellen aufzustocken.

Der bislang abgeschlossene Versicherungsschutz der Bundesbürger gegen biometrische Risiken ist unzureichend

Die Bundesbürger decken die bestehenden biometrischen Risiken nicht im erforderlichen Maße durch Versicherungsprodukte ab. So verfügt nicht einmal jeder dritte Erwachsene über eine Risikolebensversicherung, um das Risiko des eigenen Todesfalls oder das Risiko des Todesfalls naher Angehöriger abzusichern. Unter den Verheirateten ist der Vergleichswert mit 41 Prozent nur wenig höher. Allein private Unfallversicherungen sind in den meisten Haushalten vorhanden, doch reicht dieser Versicherungsschutz angesichts der existenten Lebensrisiken bei weitem nicht aus. Insgesamt sind die Menschen zwischen dem 30. und dem 59. Lebensjahr am besten abgesichert. Auch weisen die Bürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 2.500 Euro deutlich höhere Abschlussquoten bei Versicherungen auf als die Befragten mit geringeren Einkommen.

Die Erwerbstätigen unterschätzen das Risiko der Berufsunfähigkeit und psychischer Erkrankungen

Gut jeder dritte Erwachsene hat Angst, selbst einmal berufsunfähig zu werden bzw. einen solchen Schicksalsschlag bei einem nahen Angehörigen zu erleben. Die Sorge um die Berufsunfähigkeit ist vor allem bei den befragten Arbeitern groß. Hier geben fast zwei Drittel an, sich Gedanken über dieses biometrische Risiko zu machen. Umgekehrt hat weniger als die Hälfte der befragten Erwerbstätigen bislang eine Berufsunfähigkeitsversicherung abgeschlossen. Viele Menschen unterschätzen das eigene Risiko, berufsunfähig zu werden. Das zeigt sich bei der Frage nach den Ursachen. Als potenziell größte Ursache für eine Berufsunfähigkeit sehen die Befragten Erkrankungen des Bewegungsapparats und Krebserkrankungen. Dagegen stufen sie psychische Krankheiten sowie Krankheiten des Nervensystems als weniger bedrohlich ein.

Die meisten Bürger rechnen im Fall einer eigenen Berufsunfähigkeit mit Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung

Wird eine Person berufsunfähig, soll die gesetzliche Sozialversicherung die Finanzierung ihres weiteren Lebensunterhalts tragen. Diesen Standpunkt vertreten die meisten Erwachsenen bis heute. Auch die große Mehrheit der Erwerbstätigen verlässt sich bei der Absicherung des Berufsunfähigkeitsrisikos auf Vater Staat. Zwar verweisen die meisten Erwerbstätigen auch auf den privaten Versicherungsschutz, doch die meisten Befragten verfügen nicht über eine zusätzliche Berufsunfähigkeitsversicherung. Im Einzelnen haben 60 Prozent der erwerbstätigen Männer und 50 Prozent der erwerbstätigen Frauen das BU-Risiko durch entsprechende Versicherungsprodukte abgesichert. Fast jeder zweite Befragte nennt zudem eigene Ersparnisse als weitere Einnahmequelle für den Fall der Berufsunfähigkeit. Gerade Berufstätige mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 2.500 Euro sind davon überzeugt, das Sparvermögen sei im Ernstfall eine solide Stütze.

Einzelne Befragtengruppen hängen nach eigener Auskunft sehr von einzelnen Einnahmequellen ab. So verlassen sich fast zwei Drittel der Selbständigen auf die eigenen Geldersparnisse. Die meisten Hausfrauen geben als Absicherung des eigenen Invaliditätsrisikos das Einkommen des Lebenspartners an.

Die Botschaft von den sinkenden gesetzlichen Renten kommt in der Bevölkerung an

Die Bundesbürger haben mittlerweile offensichtlich verstanden, dass sie sich im Alter nicht mehr allein auf die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung verlassen können. Zwar hängen die heutigen Rentner noch überwiegend von der gesetzlichen Rente ab, doch alle jüngeren Altersgruppen planen, ihre Altersversorgung wesentlich breiter auf mehreren kapitalgedeckten Produkten und auf anderen Formen der Geldanlage aufzubauen, um die eigene Rentenlücke zu schließen. Neben Ersparnissen ist für die meisten Jüngeren die private Altersvorsorge ein wichtiges Thema. So wollen sich fast zwei Drittel der Bürger unter 30 Jahren eine zusätzliche private Altersvorsorge aufbauen.

Allerdings verraten die Befragungsergebnisse eine gewisse Kluft zwischen den Vorsorgeplänen auf der einen Seite und der tatsächlich getätigten Vorsorge auf der anderen Seite. Gerade die jüngeren Bürger planen bislang mehr Vorsorge für die finanzielle Situation im Ruhestand, haben diese Absichten aber nur zum Teil konkret in den Kauf von Vorsorgeprodukten umgesetzt. Insgesamt verfügt nur gut jeder Zweite, der für sich bzw. seine nächsten Angehörigen das Langlebkeitsrisiko als konkrete Bedrohung sieht, über Produkte der privaten Altersvorsorge.

Insbesondere in der Altersgruppe unter 45 Jahren geht ein größerer Teil der Befragten davon aus, während des Ruhestands nebenher berufstätig zu sein. Gerade die heutigen Angestellten können sich eine Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit vorstellen. Anders sieht es bei den Arbeitern aus. Hier zieht nur rund jeder vierte befragte Arbeiter eine Fortsetzung der Berufstätigkeit über das Renteneintrittsalter hinaus in Erwägung.

Der Großteil der Bevölkerung hat das eigene Pflegefallrisiko noch nicht abgesichert

Nur rund ein Viertel der befragten Bundesbürger gibt an, bereits eine Pflegezusatzversicherung für den eigenen Schutz oder für den Schutz der nächsten Angehörigen erworben zu haben. Ein Teil der Personen, die bislang ohne einen Versicherungsschutz sind, ignoriert das Pflegefallrisiko vollkommen. Vor allem die junge Generation hat sich zumeist noch nicht mit dem Thema beschäftigt. Fast zwei Drittel der befragten Bürger unter 30 Jahren, die über keinen entsprechenden Versicherungsschutz verfügen, antworten, dass ihnen dieses Thema weitgehend fremd sei. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den 30- bis 44-Jährigen ab. Hier antwortet knapp jeder Zweite, sich noch nicht mit dem Pflegefallrisiko und mit Vorsorgemaßnahmen befasst zu haben.

Ein weiterer Teil der Bundesbürger verweist darauf, dass ihnen das nötige Geld für den Kauf eines Pflegevorsorgeprodukts fehlt. Stattdessen verlassen sich die Befragten im Ernstfall auf die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung, bzw. sie erwarten Unterstützung vom Lebenspartner und von den eigenen Kindern. Generell bestreitet aber nur eine kleine Minderheit der Bürger ohne Versicherungsschutz, dass auch für sie das Risiko, ein Pflegefall zu werden, in Zukunft real ist. Vier von zehn Bürgern, die für sich bzw. für die nächsten Angehörigen ein erhöhtes Pflegefallrisiko sehen, haben bereits ein entsprechendes Vorsorgeprodukt erworben.

Design und Methodik der Studie

Stichprobengröße, Untersuchungszeitraum:

Die Marktforschungsgesellschaft forsa hat vom 6. bis 8. Januar 2014 insgesamt 1.003 Personen im Alter ab 18 Jahre befragt. Die Befragten sind deutschsprachig und wohnen in Privathaushalten.

Auswahlverfahren: Die Befragten wurden über eine systematische Zufallsauswahl im Rahmen einer mehrstufigen, geschichteten Stichprobe ermittelt.

Erhebungsmethode: Die Befragung wurde in Form computergestützter Telefoninterviews anhand eines strukturierten Fragebogens nach der Methode des Computer Aided Telephone Interviewing (CATI) durchgeführt. Dazu erfolgte eine Einschaltung in forsa.omniTel.

Gewichtung: Die Auswertung der Befragungsergebnisse erfolgte nach den soziodemographischen Kriterien Geschlecht, Alter, Haushaltsnettoeinkommen und Berufstätigkeit.

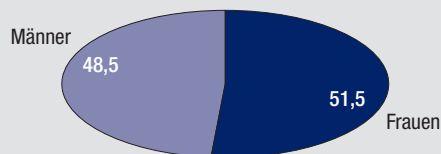
Statistische Fehlertoleranz: In der Gesamtstichprobe beträgt die Fehlertoleranz +/- 3 Prozentpunkte.

Zusammensetzung der Stichprobe: Die 1.003 befragten Erwachsenen gliedern sich nach Geschlecht in 51,5 Prozent Frauen und 48,5 Prozent Männer. Die Stichprobe setzt sich zu 13,7 Prozent aus 18- bis 29-Jährigen, zu 25,7 Prozent aus 30- bis 44-Jährigen, zu 28,3 Prozent aus 45- bis 59-Jährigen und zu 32,3 Prozent aus Personen ab 60 Jahre zusammen.

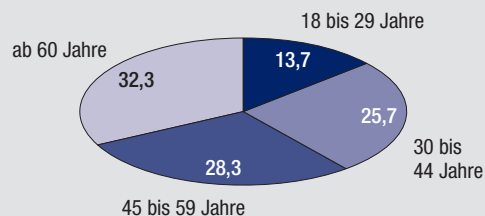
40,7 Prozent der Befragten verfügen über einen Hauptschulabschluss, 30,6 Prozent haben einen mittleren Schulabschluss, und 28,7 Prozent haben das Abitur abgelegt bzw. ein Studium absolviert. Die Erwerbstätigkeit ist ein zentrales soziodemographisches Kriterium für die Detailanalyse der Befragungsergebnisse.

Zusammensetzung der 1.003 befragten erwachsenen Bürger

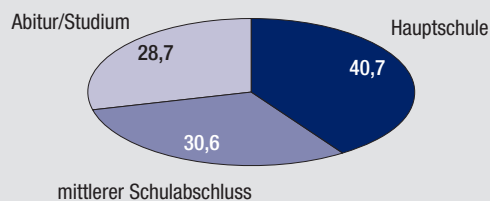
Nach Geschlecht (in %)



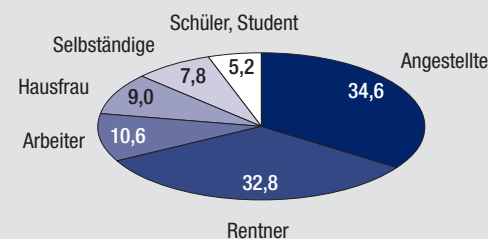
Nach Alter (in %)



Nach Schulabschluss (in %)



Nach Erwerbstätigkeit (in %)



Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

34,6 Prozent der befragten Erwachsenen sind Angestellte, 32,8 Prozent sind Rentner, 10,6 Prozent sind Arbeiter, und 9 Prozent sind Hausfrauen. 7,8 Prozent der Befragten sind selbstständig, und 5,2 Prozent von ihnen besuchen eine Schule oder eine Hochschule.

MARKTÜBERBLICK

Ein vielschichtiger Begriff für reale Risiken

Der Begriff Biometrie besitzt eine Reihe von Bedeutungen und findet in mehreren Themenfeldern Anwendung. In seinem Ursprung bezeichnet er die mathematisch-statistischen Methoden und ihre Anwendung auf die Mess- und Zahlenverhältnisse von Lebewesen. Er kreist also um die Frage, wie sich eine Person technisch anhand ihrer persönlichen Charakteristika erkennen lässt. In der Versicherungswelt bezieht sich Biometrie dagegen auf Risiken und elementare Veränderungen des Lebens.

Wissenschaft von der Körpermessung von Lebewesen

Biometrie ist, kurz gesagt, die Wissenschaft von der Körpermessung von Lebewesen. Dabei werden in der Regel physische oder verhaltenstypische Merkmale von Lebewesen erfasst und analysiert. Ähnlich, aber doch anders ist die Definition von Biometrie in der Informationstechnologie. Hier liegt der Fokus darauf, Personen aufgrund ihrer individuellen Merkmale zu erkennen. Durch diese automatisierte Messmethode lässt sich eine Person über ein spezifisches Merkmal bestimmen und von anderen Personen unterscheiden. Über biometrische Methoden soll somit stets die Identität einer Person bestimmt oder bestätigt werden. Solche Methoden kommen im Bereich der Informationstechnologie vor allem für Sicherheitszwecke zum Einsatz, etwa bei

technischen Lösungen für die Zugangskontrolle. Konkret lässt sich eine Person über biometrische Methoden durch einige physische Merkmale wie den Fingerabdruck oder die Iris eindeutig vermessen und charakterisieren.

Die Versicherungswissenschaft hat ein anderes Verständnis von Biometrie. Es beschreibt eine Gruppe von Risiken, die unmittelbar mit dem Lebensablauf eines Menschen verbunden sind. Zu ihrer jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit liegen statistische Quellen vor, auf die die Versicherungen bei der Konzipierung ihrer Produkte und Tarife zurückgreifen können. Die Risiken beziehen sich auf Ereignisse, die die bisherige Lebensweise einer Person fundamental verändern. Dazu zählen beispielsweise

Lebenserwartung in Deutschland
(durchschnittliche fernere Lebenserwartung nach ausgewählten Altersstufen)

Sterbetafel		2006/08	2007/09	2008/10	2009/11
Alter 0	Männer	77,17	77,33	77,51	77,72
	Frauen	82,4	82,53	82,59	82,73
Alter 20	Männer	57,74	57,9	58,05	58,25
	Frauen	62,85	62,97	63,03	63,16
Alter 40	Männer	38,44	38,59	38,73	38,93
	Frauen	43,2	43,32	43,37	43,5
Alter 60	Männer	20,93	21,04	21,16	21,31
	Frauen	24,71	24,81	24,85	24,96
Alter 65	Männer	17,11	17,22	17,33	17,48
	Frauen	20,41	20,52	20,56	20,68
Alter 80	Männer	7,65	7,67	7,71	7,77
	Frauen	8,97	9,04	9,06	9,13

Quelle: Destatis.

Versicherungsprodukte zur Absicherung biometrischer Risiken	
Biometrische Risiken	Versicherungsprodukte
Pflegebedürftigkeit	Pflegetagegeld, Pflegekostenversicherung, Pflegerentenversicherung
Berufsunfähigkeit, Invalidität	Selbständige Berufsunfähigkeitsversicherung, Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, Erwerbsunfähigkeitszusatzversicherung
Unfall	Private Unfallversicherung, Kinderunfallversicherung
Langlebigkeit	Private Altersvorsorge (zum Beispiel private Rentenversicherung), betriebliche Altersversorgung (zum Beispiel Direktversicherung)
Tod	Risikolebensversicherung, Kapitallebensversicherung, Sterbegeldversicherung
Schwere Krankheiten	Dread-Disease-Versicherungen

Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

der Todesfall, die Berufsunfähigkeit bzw. die Invalidität, schwere Erkrankungen, die Langlebigkeit sowie die Pflegebedürftigkeit. Der Auszug aus den Sterbetafeln veranschaulicht, dass die Menschen in Deutschland eine immer größere Lebenserwartung haben. Mit der sich kontinuierlich steigenden Lebenszeit erhöht sich auch der Vorsorgebedarf.

Die biometrischen Risiken in versicherungstechnischer Hinsicht bezeichnen nicht nur den Grad der Wahrscheinlichkeit, mit der bestimmte schwerwiegende Ereignisse eintreten können. Vielmehr gehören auch das Nichteintreten eines biometrischen Risikos und der Wegfall eines Risikos dazu. Als konkretes Beispiel dafür lässt sich das bereits erwähnte Langlebigkeitsrisiko anführen. Dieses beschreibt das Risiko, dass eine Person ein bestimmtes Lebensalter überschreitet. Ein anderes Beispiel ist das Reaktivierungsrisiko, also das Ende einer zeitweiligen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Pflegebedürftigkeit und dadurch die eventuelle Wiederherstellung der vollständigen Erwerbsfähigkeit.

Personenversicherer bieten diverse Produkte zur Absicherung der verschiedenen biometrischen Risiken an. Mit einem Vertragsabschluss sind für die Versicherer Leistungsverpflichtungen verbunden, die zumeist an das Eintreten der jeweiligen Risiken geknüpft sind. Versicherer analysieren deren Eintrittswahrscheinlichkeiten, aktuelle Trends und die jeweiligen Risikokriterien, um auf dieser Datenbasis die Versiche-

rungsbeiträge zu kalkulieren und die Reservebewertung vorzunehmen. Versicherungsprodukte rund um die Absicherung biometrischer Risiken führt die Tabelle oben auf der Seite auf.

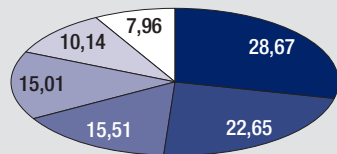
Pflegebedürftigkeit bedeutet zumeist ein Leben in Unselbständigkeit

Ein biometrisches Risiko ist die Pflegebedürftigkeit. Sie liegt vor, wenn eine Person wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des Alltags auf Dauer, voraussichtlich aber mindestens sechs Monate lang, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedarf. Verrichtungen des täglichen Lebens sind Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Körperpflege, der Ernährung, der Mobilität und der hauswirtschaftlichen Versorgung stehen.

Die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung sind entsprechend der Beurteilung des Grads der Pflegebedürftigkeit und der Art der Pflege – ambulante Pflege oder stationäre Pflege – gestaffelt. Der Grad der Pflegebedürftigkeit wird hauptsächlich auf der Basis der Dauer des durchschnittlichen täglichen Pflegebedarfs ermittelt. Dabei ist der Anteil der hauswirtschaftlichen Versorgung am täglichen Pflegebedarf per Definition gedeckelt.

Pflegebedürftigkeit verändert das Leben vollkommen

Psychische Erkrankungen und Nervenkrankheiten haben in den vergangenen Jahren am stärksten zugenommen (Ursachen für die Berufsunfähigkeit, in %; Stand: April 2013)



- Nervenkrankheiten und psychische Erkrankungen
- Erkrankungen des Skelett- und Bewegungsapparates
- Sonstige Erkrankungen
- Krebs und ähnliche Erkrankungen
- Unfälle
- Erkrankungen des Herzens und des Gefäßsystems

Quelle: Morgen & Morgen.

Zudem gelten Mindestvoraussetzungen für das Erreichen der einzelnen Pflegestufen:

- Damit eine Person in die Pflegestufe 1 eingeordnet werden kann, muss für sie mindestens einmal täglich Hilfebedarf bestehen.
- Für eine Einstufung in die Pflegestufe 2 muss eine Person mindestens dreimal täglich Hilfe benötigen.
- Bei einer Einstufung in die Pflegestufe 3 benötigt eine Person rund um die Uhr Hilfe, auch nachts.

Die Pflegebedürftigkeit wird in der deutschen sozialen Pflegepflichtversicherung vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen für die gesetzlich Versicherten bzw. von der Gesellschaft Medicproof im Bereich der privaten Pflegepflichtversicherung geprüft.

Teilweise Erwerbsminderung und volle Erwerbsminderung

Neben der Pflegebedürftigkeit stellt die Invalidität im Sinne der Erwerbsminderung ein weiteres biometrisches Risiko dar. Zu unterscheiden sind die teilweise und die volle Erwerbsminderung. Teilweise erwerbsgemindert sind Sozialversicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Voll erwerbsgemindert sind dagegen Sozialversicherte, die unter den gleichen Voraussetzungen

nicht mehr als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können.

Nervenkrankheiten und psychische Erkrankungen sind die häufigsten Ursachen für Berufsunfähigkeit

Von der Invalidität ist die Berufsunfähigkeit (BU) zu unterscheiden. Diese liegt vor, wenn eine versicherte Person infolge Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfalls, die ärztlich nachzuweisen sind, voraussichtlich sechs Monate ununterbrochen außerstande ist, ihren Beruf oder eine andere Tätigkeit auszuüben, die aufgrund ihrer Ausbildung und Erfahrung ausgeübt werden kann und ihrer bisherigen Lebensstellung entspricht.

Warum werden Menschen berufsunfähig? Nervenkrankheiten und psychische Erkrankungen sind laut dem Analysehaus Morgen & Morgen die Hauptursache dafür, dass Menschen berufsunfähig werden. Danach sind 29 Prozent aller Leistungsfälle auf Nervenkrankheiten zurückzuführen, mit 23 Prozent folgen Erkrankungen des Skelett- und Bewegungsapparates und Krebserkrankungen (15 Prozent, siehe Grafik oben auf dieser Seite).

Sowohl bei Frauen als auch bei Männern sind Nervenkrankheiten und psychische Erkrankungen inzwischen die häufigsten Ursachen für eine Berufsunfähigkeit. Das ist bei Frauen schon länger so, während bei Männern in der Vergangenheit vor allem Beschwerden des Bewegungsapparats an der ersten Stelle der Ursachen für eine Berufsunfähigkeit standen. Das liegt zum einen daran, dass Männer im Schnitt höheren Belastungen im Arbeitsleben ausgesetzt waren und sind, gerade körperlichen Belastungen. Zum anderen werden heute mehr psychische Erkrankungen als in der Vergangenheit auch als solche diagnostiziert und behandelt. Laut der Deutschen Rentenversicherung sind sogar fast 40 Prozent der Berufsunfähigkeitsfälle bei Frauen auf psychische Erkrankungen zurückzuführen.

Im Zeitraum von 2008 bis 2012 stieg die Anzahl der Leistungsfälle in der Berufsunfähigkeit laut Morgen & Morgen im Schnitt um 20 Prozent von 34.000 auf 42.000 Fälle pro Jahr. Die Berufsunfähigkeitsversicherung ist heute eines der wichtigsten Versicherungsprodukte für Erwerbstätige. Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft liegt der Bestand an Berufsunfähigkeitsversicherungen bei gut 16,9 Millionen Verträgen. Angesichts von 41,5 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland ist der Versicherungsbedarf aber erst teilweise gedeckt.

Immerhin muss laut der Deutschen Rentenversicherung jeder vierte Arbeitnehmer im Laufe seines Erwerbslebens seinen Beruf vorzeitig aufgeben. Nachdem die staatliche Absicherung der Erwerbsminderung 2001 deutlich geändert wurde, fällt es Menschen, die von

Berufsunfähigkeit betroffen sind, heute noch schwerer, ihren bisherigen Lebensstandard zu halten. Alle nach 1961 Geborenen erhalten keine staatlichen Leistungen im Falle einer Berufsunfähigkeit.

Zu den Berufen mit dem höchsten Risiko, erwerbsunfähig zu werden, gehören laut map-report Gerüstbauer, Dachdecker und Bergarbeiter. Sie alle verrichten körperlich schwere Arbeit. Mehr als die Hälfte der Gerüstbauer, Dachdecker und Bergarbeiter arbeiten gar nicht erst bis zum regulären Renteneintrittsalter, sondern beziehen schon vorher eine Erwerbsminderungsrente. Physiker und Chemiker zählen statistisch gesehen ebenso wie Ärzte, Maschinenbauingenieure und Verbandsleiter zu den ungefährlichsten Berufen mit Blick auf die Erwerbsminderung.

BEFRAGUNGSERGEBNISSE

Risiken erkannt, Risikovorsorge vernachlässigt

Die Bundesbürger decken die bestehenden biometrischen Risiken nur unzureichend durch Versicherungsprodukte ab. Mit Ausnahme der privaten Unfallversicherung weisen alle Versicherungsarten eher geringe Abschlussquoten auf. Selbst Berufstätige im Alter zwischen 30 und 59 Jahren versichern sich nur teilweise gegen das Risiko der Berufsunfähigkeit. Dabei sind sich die meisten Bürger der großen Lebensrisiken durchaus bewusst. Vor allem schwere Krankheiten und der Pflegefall bereiten den Bürgern Sorgen. Jeder zweite Befragte unter 40 Jahren hat davor Angst, bei einem langen Lebensabend ein Dasein in Armut führen zu müssen.

Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger hat Angst vor biometrischen Risiken

Die Medizin macht dank technologischer und pharmazeutischer Innovationen fortlaufend Fortschritte. Davon profitieren die Menschen. Allein in Deutschland erfreuen sich Frauen und Männer einer konstant steigenden Lebenserwartung. Doch dieser positive Langfristtrend kann nicht die Tatsache verbergen, dass niemand vor persönlichen Schicksalsschlägen gefeit ist. Die große Mehrheit der Frauen und Männer in Deutschland hat Furcht vor solchen Ereignissen, die das eigene Leben vollkommen verändern können. So geben 85 Prozent der befragten Bürger ab 18 Jahre an, große Angst vor mindestens einem Schicksalsschlag zu haben. Dabei stehen schwere Erkrankungen (66 Prozent) und der Pflegefall (64 Prozent) an den ersten Stellen, gefolgt vom Todesfall (59 Prozent). 46 Prozent der Befragten nennen Invalidi-

tät, 42 Prozent Altersarmut und 38 Prozent Berufsunfähigkeit.

Im Einzelnen äußern mehr Frauen als Männer Furcht vor negativen Ereignissen, sichern diese aber seltener über Versicherungsprodukte ab (vergleiche Seite 14). So haben 69 Prozent der Frauen Angst vor schweren Krankheiten (62 Prozent der Männer), beim Pflegefall sind es 66 Prozent (61 Prozent der Männer), beim Todesfall 63 Prozent (56 Prozent der Männer). Das Risiko der Invalidität und der Altersarmut stufen Frauen und Männer jeweils annähernd gleich groß ein. Lediglich das Risiko der Berufsunfähigkeit geben Männer häufiger an als Frauen (40 Prozent vs. 36 Prozent). Im Detail zeigt sich, dass 60 Prozent der berufstätigen Männer und 50 Prozent der berufstätigen Frauen das Risiko

Krankheit, Pflegefall und Todesfall bereiten den Deutschen Sorgen

(große Angst vor plötzlichen Schicksalsschlägen für das eigene Leben bzw. für das Leben der nächsten Angehörigen; in % aller befragten Erwachsenen¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich.

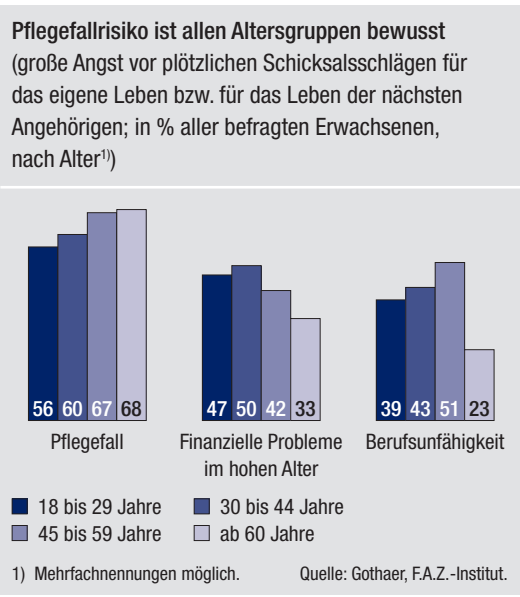
Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.



der Berufsunfähigkeit mit Versicherungsprodukten abgesichert haben.

Aufschlussreich sind die Antworten auf die Frage nach der Angst von biometrischen Risiken im Hinblick auf die Altersgruppen. So ist die Furcht vor Pflegebedürftigkeit umso größer, je älter die Befragten sind. 56 Prozent der jüngeren Bürger im Alter von 18 bis 29 Jahren bekunden bei diesem Thema große Angst. Bei den älteren Befragten ab 60 Jahre sind es schon 68 Prozent. Demgegenüber ist die Angst vor einer schweren Erkrankung mit Anteilen von jeweils rund zwei Dritteln in allen Altersgruppen annähernd gleich groß. Die Bundesbürger sind sich also über alle Altersgruppen hinweg der Tatsache bewusst, dass eine schwere Erkrankung jeden Menschen in jeder Lebensphase treffen kann, während das Risiko der Pflegebedürftigkeit statistisch gesehen erst im Alter deutlich steigt.

Anders schätzen die Menschen ihre finanzielle Lage im Ruhestand ein. Rund jeder zweite Befragte zwischen 18 und 44 Jahren macht sich über Altersarmut große Sorgen. Die Angst der Jüngeren erklärt sich vermutlich damit, dass sie angesichts der ungünstigen demogra-



phischen Entwicklung später einmal relativ geringe Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwarten haben. Somit besteht für sie ein höherer Vorsorgebedarf, den sich jedoch nicht jeder leisten kann. Etwas anders stellt sich die Situation der Menschen ab 45 Jahre dar. Je älter die Befragten sind, desto weniger befürchten sie finanzielle Engpässe im Alter. Von den Befragten ab 60 Jahre äußert noch jeder Dritte Angst vor Altersarmut (33 Prozent). Somit kann die oft zitierte Zweidrittelgesellschaft unter den Senioren schon in absehbarer Zeit Realität werden.

Invalidität und Berufsunfähigkeit werden vor allem von der Generation der 45- bis 59-Jährigen mehrheitlich als Gefahr angesehen (57 bzw. 51 Prozent). Dagegen fürchten sich deutlich weniger Ältere ab 60 Jahre vor diesen Risiken, da sie das Berufsleben überwiegend bereits hinter sich haben. Ähnlich ist die Stimmung unter den Jüngeren. Nur 39 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sehen in der Berufsunfähigkeit ein großes Risiko für sich oder für die nächsten Angehörigen. Somit unterschätzen große Teile der Bevölkerung nach wie vor dieses Risiko. Selbst unter den befragten Berufstätigen bekunden nur 45 Prozent Furcht vor einer Berufsunfähigkeit.

Mittlere Altersgruppe macht sich große Sorgen wegen drohender Berufsunfähigkeit

Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger deckt die biometrischen Risiken nur lückenhaft ab

Mehrheit der Bürger fragt private Unfallversicherungen nach (Versicherungsprodukte, die die Befragten zur Risikovorsorge für sich selbst bzw. für die nächsten Angehörigen abgeschlossen haben; in % aller befragten Erwachsenen¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Männer versichern sich deutlich umfangreicher als Frauen (Versicherungsprodukte, die die Befragten zur Risikovorsorge für sich selbst bzw. für die nächsten Angehörigen abgeschlossen haben; in % aller befragten Erwachsenen, nach Geschlecht¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Der vorhandene Versicherungsschutz reicht bei weitem nicht aus

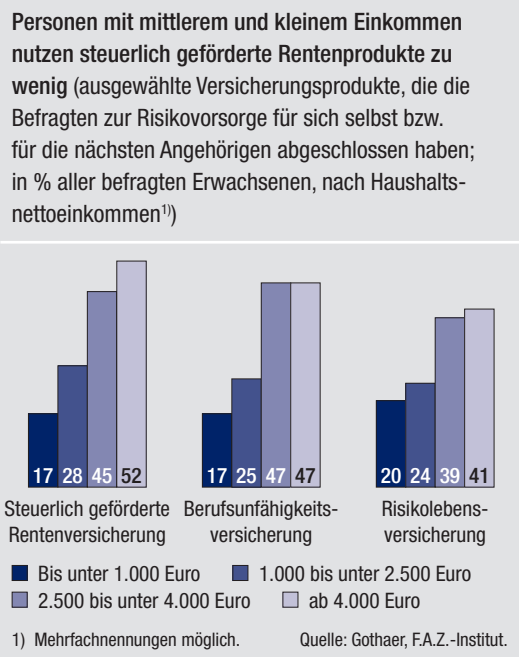
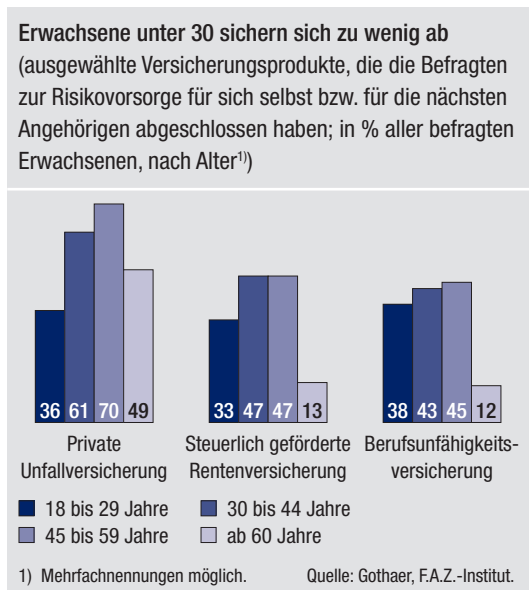
85 Prozent der befragten Bundesbürger sorgen zur Absicherung großer Lebensrisiken für sich bzw. für die nächsten Angehörigen mit Versicherungsprodukten vor. Allerdings zeigt sich im Einzelnen, dass nur die private Unfallversicherung als Produktgruppe eine Mehrheit der Befragten auf sich vereinen kann (56 Prozent). Selbstverständlich reicht dieser Versicherungsschutz allein bei weitem nicht aus, um alle biometrischen Risiken abzudecken.

Alle übrigen Produktgruppen erhalten nur Minderheitsnennungen. Jeweils rund ein Drittel der befragten Bürger verfügt über eine steuerlich geförderte Rentenversicherung wie beispielsweise eine Riesterreife, eine Basisrente oder eine betriebliche Altersversorgung (34 Prozent) sowie über eine Berufsunfähigkeitsversicherung (33 Prozent) bzw. über eine private Rentenversicherung (33 Prozent). Dahinter folgen die Risikolebensversicherung (29 Prozent), die Pflege Rentenversicherung (27 Prozent) sowie die kombinierte Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherung (24 Prozent). Weniger stark werden Pflege tagegeldversicherungen (19 Prozent), Sterbegeldversicherungen (19 Prozent) und Dread-Disease-Versicherungen zum finanziellen Schutz bei schweren Krankheiten (5 Prozent) nachgefragt.

In der Detailanalyse zeigt sich, dass Männer sich und ihre nächsten Angehörigen insgesamt umfassender versichern, als es Frauen tun. Bei nahezu allen abgefragten Versicherungsprodukten weisen Männer höhere Nennungen auf. 60 Prozent der berufstätigen Männer verfügen über eine Berufsunfähigkeitsversicherung im Vergleich zu 50 Prozent der berufstätigen Frauen. Größer fällt die Differenz bei privaten Rentenversicherungen aus (39 Prozent aller Männer, 27 Prozent aller Frauen). Die Erklärung für diese Differenzen ist vermutlich nur bei einzelnen Versicherungsprodukten in einem generell höheren Bedarf der Männer zu suchen.

In erster Linie erklären sich die höheren Nennungen der Männer wohl damit, dass diese gerade private Rentenversicherungen nicht nur für sich kaufen, sondern oft auch für ihre Frauen und Kinder in Form von Familienpolicen. Eine Ausnahme bildet die Risikolebensversicherung, also die gegenseitige Absicherung im Todesfall. Hier weisen Frauen und Männer fast gleich hohe Nennungen auf. Über Risikolebensversicherungen sichern sich beispielsweise Eheleute gegenseitig ab. Ungeachtet der Erklärung, dass der Versicherungsschutz für Männer traditionell auch die Ehefrau und die Kinder einschließt, lassen die Ergebnisse der Befragung den Schluss zu, dass sich zu wenige Frauen eigenständig über Versicherungsprodukte gegen Risiken absichern.

Junge Menschen unter 30 Jahren halten sich mit dem Kauf der abgefragten Versicherungsprodukte im Vergleich zu den anderen Altersgruppen im erwerbsfähigen Alter noch zurück. Jeweils nur ein gutes Drittel der befragten 18- bis 29-Jährigen hat bislang eine Berufsunfähigkeitsversicherung (38 Prozent), eine private Unfallversicherung (36 Prozent) oder ein steuerlich gefördertes Rentenprodukt (33 Prozent) erworben. Dagegen weisen die Menschen zwischen 30 und 59 Jahren zum Teil deutlich höhere Abschlussquoten bei diesen Produkten auf, auch wenn die Marktdurchdringung in der



Altersklasse nur bei privaten Unfallversicherungen über 50 Prozent liegt. Die Bereitschaft, Versicherungen abzuschließen, lässt bei den Menschen ab 60 Jahre deutlich nach.

Deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Befragtengruppen zeigen sich auch bei der Unterscheidung nach dem Haushaltsnettoeinkommen. Während sich die Befragten mit einem Einkommen von unter 2.500 Euro bei der Absicherung gegen biometrische Risiken deutlich zurückhalten, weisen die übrigen Befragten mit einem Einkommen ab 2.500 Euro wesentlich höhere Versicherungsquoten auf. Hier fällt auf, dass die Differenz zwischen den Personen mit einem Einkommen von 2.500 Euro bis unter 4.000 Euro und denen mit einem Einkommen ab 4.000 Euro bei vielen Versicherungsprodukten relativ gering ist. Im Durchschnitt weisen die beiden Gruppen 3,5 bzw. 3,7 Versicherungsprodukte im Bereich der biometrischen Risiken auf.

Jüngere unter 30 Jahren halten sich bislang mit dem Versicherungsschutz zurück

BEFRAGUNGSERGEBNISSE

Gefahr der Berufsunfähigkeit wird ausgeblendet

Die meisten Erwerbstätigen schätzen das Risiko, im aktuellen Job berufsunfähig zu werden, als relativ gering ein. Die größte Bedrohung geht nach Ansicht der Befragten von Erkrankungen des Bewegungsapparats und von Krebserkrankungen aus, während der Eintritt von psychischen Krankheiten als wenig wahrscheinlich angesehen wird. Die Mehrheit der Bürger verlässt sich für den Fall einer Berufsunfähigkeit auf die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung. Die meisten Erwerbstätigen halten zudem privaten Versicherungsschutz für relevant. Hausfrauen hängen bei der Absicherung des eigenen Invaliditätsrisikos finanziell stark von ihrem Lebenspartner ab.

Die gesundheitsbedingte Unfähigkeit, seinen angestammten Beruf weiter ausüben zu können, ist ein Schicksal, das Menschen mit den unterschiedlichsten Tätigkeiten trifft. Die Ursachen können vollkommen verschieden sein, doch in den vergangenen Jahren wurden psychische Erkrankungen immer häufiger die Auslöser für Berufsunfähigkeit (vergleiche Grafik auf Seite 10). Wie schätzen die befragten Erwachsenen nun das eigene Risiko ein, an bestimmten Krankheiten zu erkranken und in der Folge berufsunfähig zu werden?

Ruf nach der gesetzlichen Sozialversicherung

Die Bundesbürger setzen im Fall eigener Invalidität oder Berufsunfähigkeit bzw. der von nahen Angehörigen zuerst auf finanzielle Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung (68 Prozent). Mit großem Abstand folgen dahinter eigene Geldersparnisse (48 Prozent) sowie Leistungen privater Versicherungen (46 Prozent) als Einnahmequellen. Die Erwerbstätigen unter den Befragten nennen im Durchschnitt relativ viele Einnahmequellen, während sich Rentner offenbar kaum mehr um das Invaliditätsrisiko kümmern. Fast drei Viertel der Erwerbstätigen stützen sich auf die gesetzliche Sozialversicherung (74 Prozent). Zudem sind für die meisten von ihnen die Leistungen privater Versicherungen (58 Prozent) sowie eigene Ersparnisse (54 Prozent) wichtig.

Je höher das eigene Haushaltsnettoeinkommen ist, desto mehr sichern sich die Bürger für den

Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitsfall über private Versicherungen ab. So stellen diese Produkte für die Befragten mit einem Einkommen zwischen 2.500 und unter 4.000 Euro im Notfall die zweitwichtigste Einnahmequelle nach der gesetzlichen Sozialversicherung dar (58 Prozent). Für die Personen mit einem Einkommen ab 4.000 Euro ist es sogar die wichtigste Einnahmequelle (72 Prozent), noch vor den Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung. Der Anteil der Befragten mit einem geringeren Haushaltsnettoeinkommen beträgt demgegenüber rund 40 Prozent.

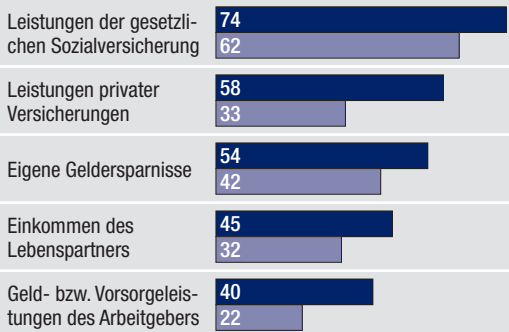
Bürger verlassen sich bei Berufsunfähigkeit und Invalidität vor allem auf die gesetzliche Sozialversicherung (Einnahmequellen, auf die die Befragten bzw. deren nahe Angehörige im Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitsfall zurückgreifen könnten; in % aller befragten Erwachsenen¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Erwerbstätige verlassen sich bei Berufsunfähigkeit und Invalidität vor allem auf die gesetzliche Sozialversicherung und auf private Versicherung (ausgewählte Einnahmequellen, auf die die Befragten bzw. deren nahe Angehörige im Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitsfall zurückgreifen könnten; in % aller befragten Erwachsenen, nach Erwerbstätigkeit¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Sowohl die junge Generation im Alter von 18 bis 29 Jahre wie auch die Altersgruppen von 30 bis 44 Jahre sowie von 45 bis 59 Jahre planen für den Fall der Invalidität bzw. der Berufsunfähigkeit mehrheitlich mit Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung, aus eigenem Vermögen sowie aus privaten Versicherungen. Anders sieht es bei den Älteren ab 60 Jahre aus. Zwar verweist eine Mehrheit der Senioren auf die gesetzliche Sozialversicherung, wohl vor allem auf die gesetzliche Rentenversicherung (58 Prozent). Doch nur eine Minderheit von ihnen könnte im Invaliditätsfall ausreichende eigene Geldersparnisse (40 Prozent) oder Leistungen privater Versicherungen (24 Prozent) nutzen. 39 Prozent aller Befragten verlassen sich für den Eintritt einer Berufsunfähigkeit auf das Einkommen des Lebenspartners. Allein für die verheirateten Bürger beläuft sich der entsprechende Wert auf 53 Prozent, für die Berufstätigen auf 45 Prozent. Die größte finanzielle Abhängigkeit zeigt sich bei Hausfrauen. 52 Prozent von ihnen verlassen sich für den Fall der Berufsunfähigkeit auf die Einnahmen des Lebenspartners.

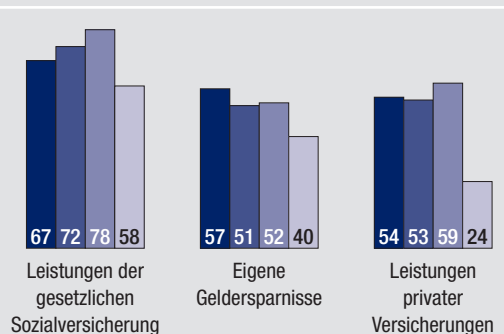
Eine weitere finanzielle Säule ist für rund jeden dritten Bürger der Arbeitgeber. So rechnen 32 Prozent der Befragten bei Berufsunfähigkeit mit

Geld- bzw. Vorsorgeleistungen vom Chef. 40 Prozent der Berufstätigen verlassen sich auf solche Finanzhilfen. Manche Unternehmen bieten ihren Beschäftigten im Rahmen betrieblicher Versicherungen vergünstigte Tarife für eine Berufsunfähigkeitsversicherung an. Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung ist neben der Absicherung des Langleblichkeitsrisikos durch eine Rentenversicherung auch eine Absicherung des Berufsunfähigkeitsrisikos möglich. Allerdings sinkt die Zahl der Betriebe, die eine rein arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente anbieten, fortlaufend. Wenn Arbeitnehmer also Anwartschaften auf Vorsorgeleistungen über den Arbeitgeber aufbauen wollen, müssen sie sich zumeist an der Finanzierung im Rahmen einer Mischfinanzierung beteiligen oder selbst über die Entgeltumwandlung vorsorgen.

Ein knappes Viertel aller befragten Bürger würde sich bei Berufsunfähigkeit auf die Sozialhilfe bzw. Hartz-IV-Leistungen stützen (23 Prozent). Die übrigen Einnahmequellen wie die Personen aus dem persönlichen Umfeld spielen nur eine marginale Rolle für die Befragten. Dazu zählen die Einkommen sonstiger naher Verwandter bzw. Freunde (14 Prozent) und die Einkommen der eigenen Kinder (12 Prozent). Letztere kommen aber nur für verwitwete Personen in höherem Maße in Betracht (20 Prozent).

Ein Viertel der Bürger setzt bei BU auf Sozialhilfe bzw. Hartz IV

Senioren sind schlecht auf Invaliditätsfall vorbereitet (ausgewählte Einnahmequellen, auf die die Befragten bzw. deren nahe Angehörige im Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitsfall zurückgreifen könnten; in % aller befragten Erwachsenen, nach Alter¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Persönliches Risiko der Berufsunfähigkeit wird unterschätzt

Eigener Beruf wird als risikolos angesehen

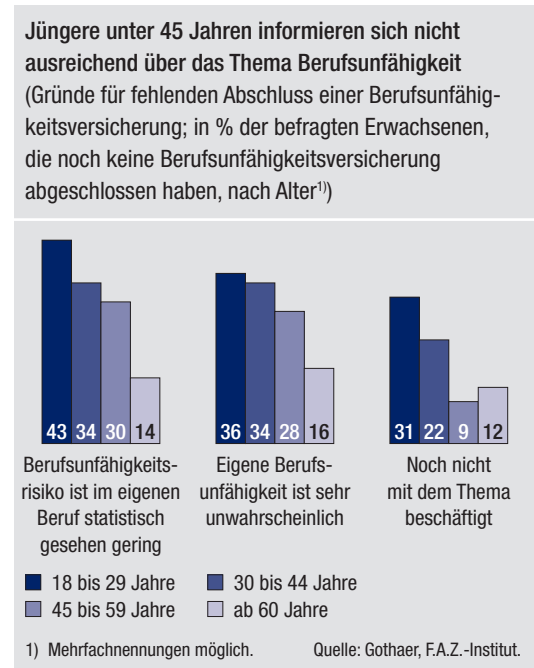
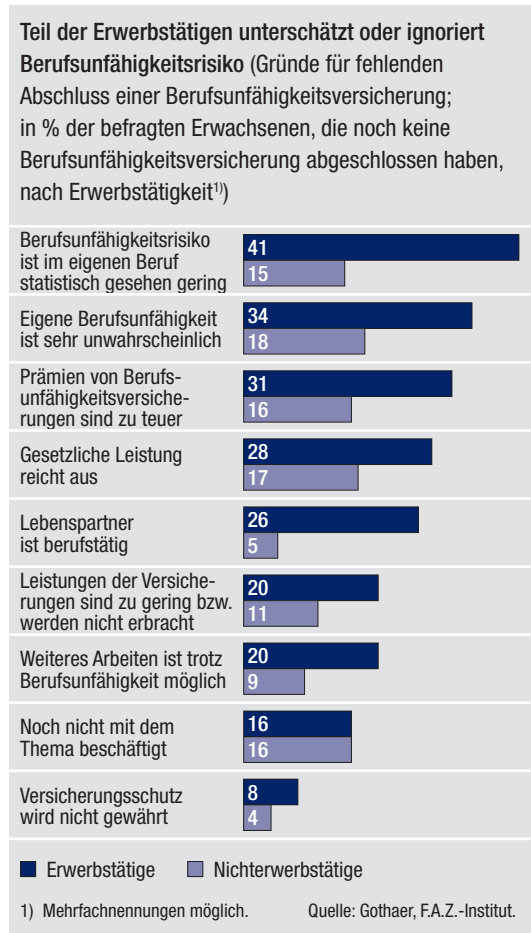
Rund zwei Drittel aller befragten Bürger haben bislang noch keine Berufsunfähigkeitsversicherung für sich selbst bzw. für die nächsten Angehörigen abgeschlossen. Die Frage nach den Gründen für den unterlassenen Versicherungsschutz fördert kein klares Stimmungsbild zutage. So sieht die Mehrheit der Erwerbstätigen das statistische Risiko einer Berufsunfähigkeit im eigenen Beruf sowie das persönliche Risiko einer Berufsunfähigkeit als gering an. Insbesondere die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen sieht für sich persönlich einen geringeren Bedarf.

Zudem zeigt sich beim Verweis auf generell geringe Risiken im Beruf eine deutliche Differenz zwischen den Angestellten und den Arbeitern. So sieht fast jeder zweite Angestellte im eigenen Beruf nur ein geringes Risiko, berufs-

unfähig zu werden (48 Prozent). Auf Seiten der Arbeiter urteilt hingegen lediglich knapp jeder Zehnte so (9 Prozent). Umgekehrt weist jeder fünfte Arbeiter (20 Prozent) – und damit mehr als in jeder anderen Berufsgruppe – darauf hin, keinen Versicherungsschutz zu bekommen.

Neben der vermeintlich geringen Wahrscheinlichkeit einer eigenen Berufsunfähigkeit sehen sich die Befragten gut für den Notfall gewappnet. 28 Prozent der Erwerbstätigen gehen davon aus, dass ihnen die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung im Notfall genügen würden. Zudem verweisen 26 Prozent der Erwerbstätigen auf den erwerbstätigen Lebenspartner. Jeder Fünfte ist sich sicher, nach dem Eintritt eigener Berufsunfähigkeit weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Daneben kritisieren die Befragten das Preis-Leistungs-Verhältnis von Berufsunfähigkeitsversicherungen. 31 Prozent der Erwerbstätigen erachten die am Markt angebotenen Tarife als zu teuer. Weitere 20 Prozent kritisieren die Leistungen der Versicherungen als zu gering.

16 Prozent der Erwerbstätigen haben sich bislang noch nicht mit dem Thema Berufsunfähigkeit und deren Absicherung befasst. Gerade ein Teil der Altersgruppe unter 30 Jahren interes-

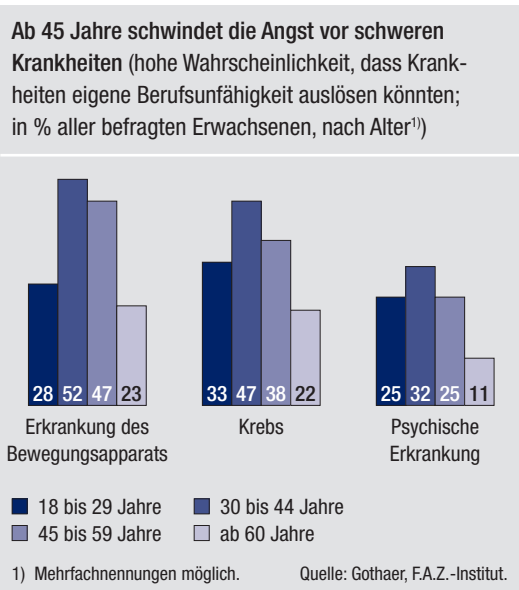




siert sich bisher noch nicht dafür (31 Prozent). Weitere 8 Prozent aller befragten Erwerbstätigen ohne eine Berufsunfähigkeitsversicherung sehen keine Chance, einen Versicherungsschutz zu erhalten. Dabei verweisen sie unter anderem auf Ablehnungen durch Versicherungsgesellschaften nach einer Gesundheitsprüfung.

Das Risiko psychischer Krankheiten wird zu gering bewertet

Ein Mensch kann aufgrund verschiedener Ursachen berufsunfähig werden. Fast jeder zweite Erwerbstätige hält es für wahrscheinlich, in Zukunft einmal eine schwere Erkrankung des Bewegungsapparats zu erleiden und dadurch nicht mehr imstande zu sein, den eigenen Beruf auszuüben (46 Prozent). Dabei fällt auf, dass die Befragten in der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren dieses Risiko für sich so hoch einschätzen wie keine andere Altersgruppe (52 Prozent). Auch bei anderen Krankheiten finden sich in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen die meisten Personen, die für sich in Zukunft hohe Risiken sehen, an Krebs (47 Prozent) oder psychisch (32 Prozent) zu erkranken und in der Folge berufsunfähig zu werden.



Insgesamt folgen Krebserkrankungen als Ursache für Berufsunfähigkeit hinter den Erkrankungen des Bewegungsapparats mit den zweitmeisten Nennungen (40 Prozent der Erwerbstätigen). Vor allem Männer stufen die Bedrohung für sich höher ein als Frauen. Daneben verweisen die Befragten auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen (31 Prozent der Erwerbstätigen). Bei dieser Krankheitsgruppe ist die Differenz zwischen Männern und Frauen besonders groß (32 Prozent vs. 19 Prozent). Zudem heben sich die befragten Arbeiter deutlich von den übrigen Erwerbstätigen ab (39 Prozent).

Psychische Erkrankungen, eine der häufigsten Ursachen für Berufsunfähigkeit in Deutschland, liegt nach Einschätzung der Befragten mit 29 Prozent der Erwerbstätigen lediglich auf dem vierten Platz. Fast jeder vierte befragte Erwerbstätige hält es für gut möglich, künftig einmal an einer Erkrankung des Nervensystems zu leiden (24 Prozent). Relativ gering stufen die Befragten das Risiko ein, aufgrund einer Erkrankung des Verdauungssystems oder aufgrund von Stoffwechselkrankheiten berufsunfähig zu werden (15 Prozent der Erwerbstätigen).

Psychische Erkrankungen werden als Ursache für BU unterschätzt

BEFRAGUNGSERGEBNISSE

Rentenlektion verstanden?

Die Bundesbürger haben erkannt, dass die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung allein für die Finanzierung ihres Ruhestands nicht mehr ausreichen werden. Zwar hängen die heutigen Rentner noch überwiegend von der gesetzlichen Rente ab. Doch die Jüngeren unter 30 Jahren planen ihre Altersversorgung wesentlich breiter über kapitalgedeckte Produkte und andere Geldanlagen, um die Rentenlücke zu schließen. Diese Generation rechnet aber auch damit, im Ruhestand nebenberuflich tätig zu sein. Schließlich erahnen die Menschen, dass ihnen langfristig deutliche Teuerungen ins Haus stehen, vor allem höhere Lebenshaltungskosten. Eine Folge davon kann Altersarmut sein.

Längere Lebenszeit erfordert größere Vorsorge

Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland steigt kontinuierlich. Derzeit vermeidet es der Gesetzgeber, die Altersgrenze für den Eintritt ins Rentenalter entsprechend der demographischen Entwicklung anzuheben. Doch daraus ergibt sich für die Bürger die Konsequenz, dass sie die eigene längere Lebenszeit nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben auch mit einem größeren Geldbetrag als bisher finanzieren müssen. Somit stellt sich die Frage, aus welchen Einnahmequellen die Bundesbürger den eigenen Ruhestand einmal finanzieren wollen bzw. bereits gegenwärtig finanzieren.

Die gesetzliche Rente gilt den Befragten bis heute als Haupteinnahmequelle im Alter (85 Prozent). Ungeachtet der zu erwartenden rückläufigen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung stützt sich das Gros der Menschen auf sie, mit weitem Vorsprung vor kapitalgedeckter Vorsorge, also vor der privaten Altersvorsorge (43 Prozent) und der betrieblichen Altersversorgung (37 Prozent). Die Kapitallebensversicherung wird als Vorsorgeinstrument immer noch von gut jedem vierten Befragten genutzt (26 Prozent). Auf den ersten Blick scheint sich also wenig an der Dominanz der gesetzlichen Rente und der unzureichenden kapitalgedeckten Altersvorsorge geändert zu haben.

Neben den klassischen Rentenformen wollen sich die befragten Bürger im Ruhestand auch

auf weitere Einnahmeformen stützen, seien es Geldersparnisse (50 Prozent), Immobilienbesitz (38 Prozent), Einnahmen des Lebenspartners (34 Prozent) oder Einnahmen aus einem Nebenberuf, den die Befragten nach dem Eintritt in den Ruhestand ausüben würden (28 Prozent). Zudem rechnen 15 Prozent der Befragten mit einer Erbschaft.

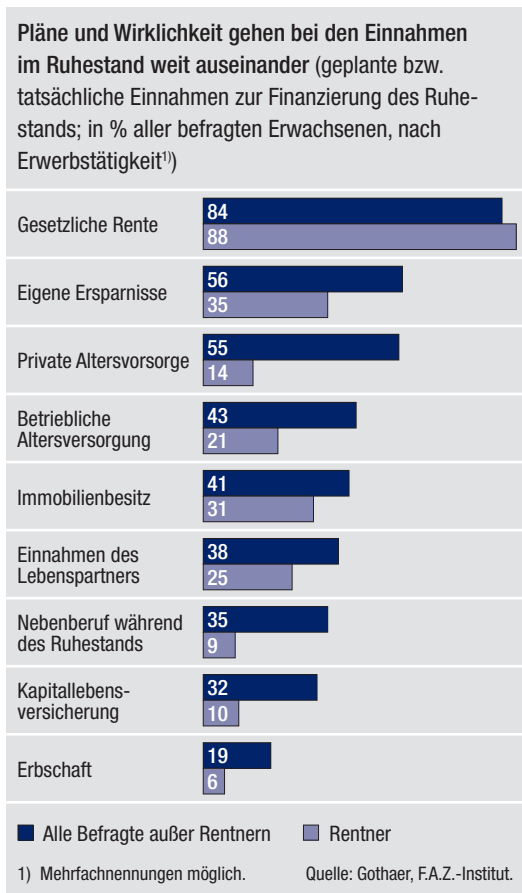
Die Detailanalyse veranschaulicht, dass sich das Vorsorgebewusstsein der Bürger in den vergangenen Jahren durchaus gewandelt hat. So wollen 55 Prozent aller Befragten außer den

Kapitalgedeckte Zusatzrenten spielen bei der Finanzierung des Ruhestand nur Nebenrollen (geplante bzw. tatsächliche Einnahmen zur Finanzierung des Ruhestands; in % aller befragten Erwachsenen¹⁾)

Gesetzliche Rente	85
Eigene Ersparnisse	50
Private Altersvorsorge	43
Immobilienbesitz	38
Betriebliche Altersversorgung	37
Einnahmen des Lebenspartners	34
Nebenberuf während des Ruhestands	28
Kapitallebensversicherung	26
Erbschaft	15

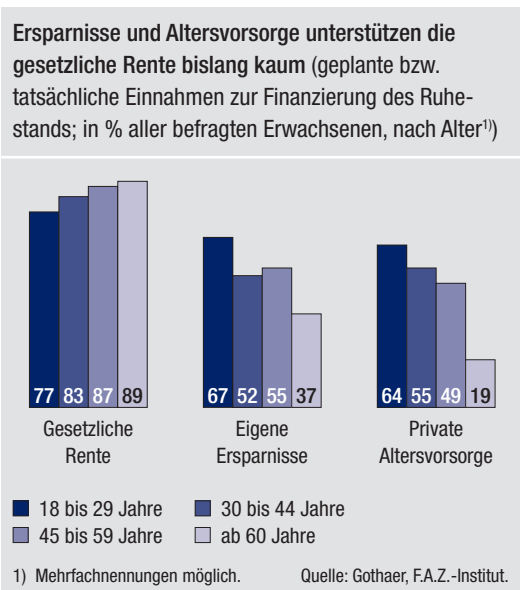
1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.



Rentnern künftig die private Altersvorsorge nutzen. 43 Prozent derselben Gruppe setzen auf eine betriebliche Altersversorgung. Im Vergleich zu künftigen Rentnergenerationen können heute deutlich weniger Rentner Einnahmen aus der kapitalgedeckten Altersvorsorge nutzen. Lediglich 21 Prozent der aktuellen Ruheständler beziehen Leistungen aus Betriebsrenten, 14 Prozent von ihnen erhalten Renten aus eigener privater Altersvorsorge. Die gegenwärtige Rentnergeneration hängt überwiegend von den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ab, ohne dass nennenswerte weitere Einnahmequellen verfügbar sind (88 Prozent).

Auch bei den anderen geplanten Finanzierungsquellen für den Ruhestand zeigen alle Befragten außer den Rentnern ein deutlich größeres Interesse. So rechnen die meisten Personen dieser befragten Gruppe damit, bis zum Renteneintritt so hohe Ersparnisse angehäuft zu haben, dass sie damit ihren Lebensunterhalt

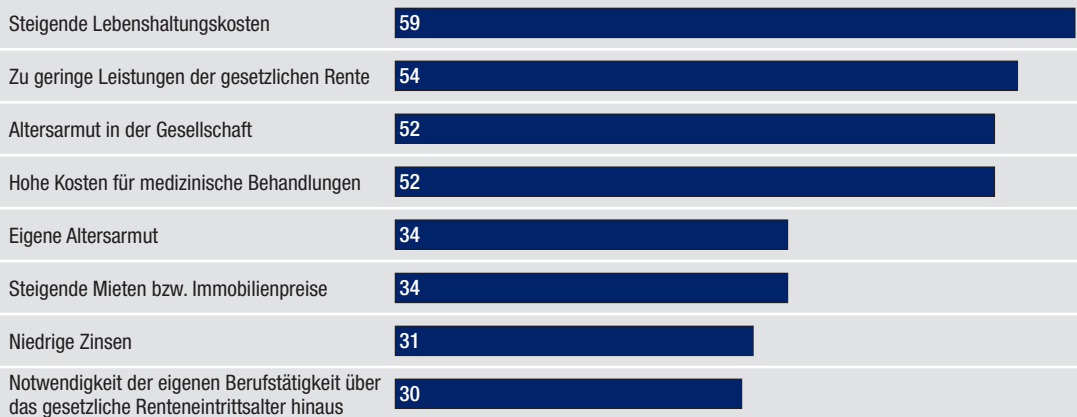


teilweise bestreiten können (56 Prozent). Insbesondere die jüngste Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren setzt auf eigene Ersparnisse als Altersvorsorge (67 Prozent). Zudem plant diese Personengruppe, kapitalgedeckt über Privatrenten vorzusorgen (64 Prozent). Zwar steht die betriebliche Altersversorgung bei der jüngsten Altersgruppe unter 30 Jahren im Vergleich zu den mittleren Generationen etwas im Hintergrund (37 Prozent vs. 46 Prozent der 45- bis 59-Jährigen). Doch die Befragungsergebnisse belegen: Die 18- bis 29-Jährigen haben erkannt, dass sie ihre zukünftigen Einnahmen im Ruhestand auf mehreren Säulen aufbauen müssen.

Ein Nebenberuf im Ruhestand wird für immer mehr Menschen ein konkretes Thema. 35 Prozent aller Befragten außer den Rentnern planen entsprechend. Rund 40 Prozent der Menschen zwischen 18 und 44 Jahren sind sich sicher, dass sie auch nach dem Renteneintritt etwas hinzuverdienen werden. Die Vermutung liegt nahe, dass Geringverdiener eher daran denken, im Alter nebenberuflich zu arbeiten, doch ihr Anteil liegt mit 29 Prozent unter dem Durchschnittswert. Dagegen beabsichtigt gut jeder dritte Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.000 und 4.000 Euro, nach dem Renteneintritt weiter zu arbeiten.

**Nebenberuf
im Ruhestand
könnte in Zukunft
die Regel werden**

Steigende Lebenshaltungskosten bereiten den Menschen Sorgen
(finanzielle Altersrisiken, vor denen die Befragten große Angst haben; in % aller befragten Erwachsenen¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Lebenshaltungskosten können deutlich steigen

Das Leben im Alter wird deutlich teurer

Die insgesamt hohe Vorsorgebereitschaft der Bundesbürger lässt vermuten, dass sich diese der finanziellen Risiken des Alters wohl bewusst sind. Tatsächlich fürchten die meisten Menschen für die Zukunft insbesondere steigende Lebenshaltungskosten (59 Prozent), nicht ausreichende Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung (54 Prozent), eine hohe Altersarmut in der Gesellschaft (52 Prozent) sowie hohe Kosten für medizinische Behandlungen (52 Prozent).

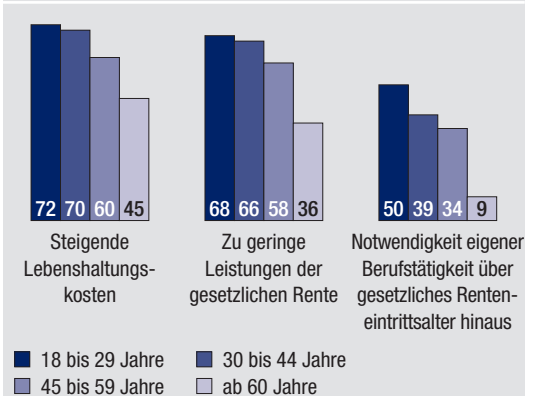
Weniger Angst haben die Befragten hingegen vor dem Risiko der eigenen Altersarmut (34 Prozent). Vor allem die Geringverdiener mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro sowie die jüngeren Erwachsenen unter 44 Jahren (jeweils 44 Prozent) rechnen damit, im Ruhestand finanzielle Probleme zu bekommen. Von solchen Einschätzungen heben sich die heutigen Rentner deutlich ab. Nur 22 Prozent von ihnen sehen für sich eine akute Gefahr von Altersarmut.

Insgesamt erkennt von allen Befragten rund jeder Dritte finanzielle Risiken aufgrund steigender Mieten bzw. Immobilienpreise (34 Prozent) oder niedriger Zinsen (31 Prozent). 30 Prozent der Befragten rechnen damit, während des

Ruhestands noch beruflich tätig zu sein. Gerade Wohnkosten, die langfristig deutlich steigen könnten, stellen für die meisten Geringverdiener sowie für die Mehrheit der jungen Menschen, die in der Ausbildung bzw. im Studium sind, eine finanzielle Belastung dar.

Doch mit den Sorgen vor hohen finanziellen Bürden im Alter stehen die Geringverdiener und die junge Altersgruppe nicht allein da. So sehen alle Altersgruppen steigende Lebenshaltungskosten jeweils mehrheitlich als ein gravierendes finanzielles Risiko im Alter an. Ebenfalls merkt

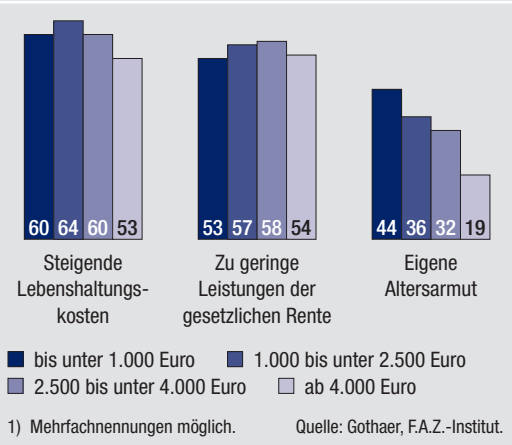
Junge Generation macht sich Gedanken über eigene finanzielle Mehrbelastung im Alter
(ausgewählte finanzielle Altersrisiken, vor denen die Befragten große Angst haben; in % aller befragten Erwachsenen, nach Alter¹⁾)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.

Auch die Bezieher hoher Einkommen sind wegen der finanziellen Lage im Alter beunruhigt
(finanzielle Altersrisiken, vor denen die Befragten große Angst haben; in % aller befragten Erwachsenen, nach Haushaltsnettoeinkommen¹⁾)

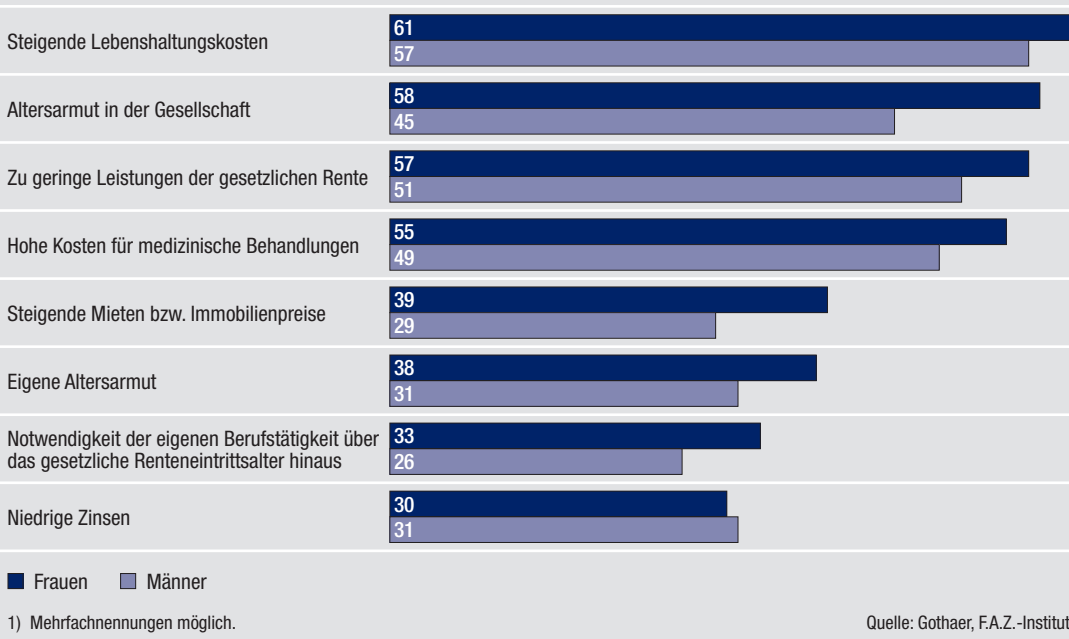


Frauen als Männer für sich selbst eine Bedrohung. Am größten fällt die Differenz bei der Frage nach dem Risiko der Altersarmut in der Gesellschaft aus. 58 Prozent der Frauen, aber nur 45 Prozent der Männer sehen eine solche Bedrohung auf sich zukommen. 38 Prozent der Frauen und 31 Prozent der Männer erwarten, im Alter selbst finanziell zu verarmen.

jeweils die Mehrheit der Befragten nach Altersgruppen die zu geringen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung an.

Der Blick auf die Antworten von Frauen und Männern bei der Frage zu finanziellen Altersrisiken zeigt eine deutlich größere Verunsicherung der Frauen wegen ihrer finanziellen Situation im Alter. Bei fast allen Antwortitems sehen mehr

Frauen fürchten Altersarmut in der Bevölkerung
(finanzielle Altersrisiken, vor denen die Befragten große Angst haben; in % aller befragten Erwachsenen, nach Geschlecht¹⁾)



BEFRAGUNGSERGEBNISSE

Pflegefall – das verdrängte Risiko

Gut jeder dritte Bundesbürger ohne einen Versicherungsschutz für die Pflegebedürftigkeit ignoriert bislang das Risiko, selbst einmal zum Pflegefall zu werden. Das gilt vor allem für die Jüngeren unter 30 Jahren, die sich mehrheitlich noch nicht mit dem Thema beschäftigen. Knappe eigene Kassen und Kritik am Preis-Leistungs-Verhältnis bei Versicherungsprodukten für den Pflegefall halten viele Menschen vom Kauf ab. Zugleich verlassen sie sich beim Eintritt der Pflegebedürftigkeit auf die gesetzliche Sozialversicherung bzw. die gesetzliche Pflegeversicherung – trotz geringer Leistungen. Auch rechnen sie im Notfall mit der Unterstützung ihres Lebenspartners und ihrer Kinder.

Jüngere unter 30 ignorieren bislang das Pflegefallrisiko

35 Prozent der befragten Erwachsenen haben bislang mindestens eine Pflegetagegeldversicherung bzw. eine Pflegerentenversicherung abgeschlossen. Entsprechend verzichten fast zwei Drittel auf eine private Pflegevorsorge. Bei der Frage nach den Gründen für die unterbliebene Absicherung des Pflegefallrisikos benennen die Befragten kein Argument mit einem Mehrheitsanteil. Über ein Drittel der Bürger räumt ein, sich noch niemals mit dem Thema beschäftigt zu haben (36 Prozent). Vor allem die jüngste Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren setzt sich damit noch nicht auseinander (65 Prozent).

Ein weiteres Viertel der Befragten erklärt, kein Geld für ein entsprechendes Versicherungsprodukt zur Verfügung zu haben (27 Prozent). Diesem Argument stimmt jeweils etwa ein Drittel der Befragten mit kleinen oder mittleren Haushaltsnettoeinkommen zu. Lediglich die Gruppe mit einem Einkommen ab 4.000 Euro sieht für sich beim Preis-Leistungs-Verhältnis von Vorsorgeversicherungen für den Pflegefall kein Problem. Gut jeder vierte Befragte verlässt sich im Pflegefall auf die Hilfe von nahen Angehörigen bzw. von Freunden (27 Prozent). Dabei ist der Anteil der Ledigen mit 34 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Jeweils 19 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung bzw. Pflegeversicherung für die Finanzierung eines Pflegefalls ausreichen bzw.

dass die Leistungen der Versicherungen bei privaten Pflegezusatzversicherungen zu gering sind. Insbesondere viele Bundesbürger ab 45 Jahre erwarten ausreichende Sozialversicherungsleistungen im Pflegefall. Tendenziell ist in dieser Altersgruppe auch die Skepsis gegenüber der Leistungsbereitschaft privater Versicherer im Pflegefall größer. Weitere 7 Prozent der Bürger verzichten auf private Pflegeversicherungsprodukte, weil sie sie nicht verstehen. Hier ist die Versicherungswirtschaft aufgerufen, eigene Produkte und das Risiko der Pflegebedürftigkeit besser zu erklären.

Gut jeder dritte Bürger ignoriert das Pflegefallrisiko
(Gründe gegen den Abschluss von Pflegetagegeldversicherungen bzw. Pflegerentenversicherungen; in % der befragten Erwachsenen, die noch keine Pflegetagegeldversicherung bzw. Pflegerentenversicherung abgeschlossen haben¹⁾)

Noch nie mit dem Thema beschäftigt	36
Kein Geld für ein Versicherungsprodukt übrig	27
Angehörige bzw. Freunde werden im Pflegefall helfen	27
Gesetzliche Leistung reicht im Pflegefall aus	19
Leistungen der Versicherungen sind zu gering	19
Eintritt des Pflegefalls ist unwahrscheinlich	14
Versicherungsprodukte nicht verstanden	7
Kein Versicherungsschutz gewährt	5

1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Gothaer, F.A.Z.-Institut.



14 Prozent der befragten Bundesbürger halten es für unwahrscheinlich, selbst einmal zum Pflegefall zu werden. Insbesondere ein Teil der Männer schließt dieses biometrische Risiko für sich aus (19 Prozent vs. 10 Prozent der Frauen). Ebenso äußern sich die Jüngeren unter 45 Jahren. Ein kleiner Anteil von 5 Prozent aller Befragten gibt an, keinen Versicherungsschutz zu bekommen. Ein Grund dafür ist in vielen Fällen die Ablehnung durch eine Versicherungsgesellschaft nach einer Gesundheitsprüfung.

Gesetzliche Sozialversicherung und persönliches Umfeld sollen im Pflegefall einspringen

Die Befragten, die noch keine private Pflegeversicherung abgeschlossen haben, verweisen bei der Kostenfrage im Fall der eigenen Pflegebedürftigkeit bzw. der Pflegebedürftigkeit eines nahen Angehörigen mit jeweils großer Mehrheit auf die gesetzliche Pflegeversicherung (76 Prozent), die eigene Krankenversicherung (67 Prozent) sowie die gesetzliche Rentenversicherung (58 Prozent). Zudem wollen 55 Prozent der



Befragten im Pflegefall auf eigenes Vermögen zurückgreifen.

Insgesamt sind die Nennungen der Erwerbstätigen bei allen Antwortitems höher als die der Personen, die nicht erwerbstätig sind. Besonders groß ist die Differenz bei der gesetzlichen Pflegeversicherung (82 Prozent Erwerbstätige vs. 70 Prozent nicht erwerbstätige Personen).

Erwerbstätige sind auf den Pflegefall etwas besser vorbereitet als Erwachsene ohne Erwerbstätigkeit

Fast jeder zweite Befragte will sich im Pflegefall auf die Hilfe des Lebenspartners (44 Prozent), ein gutes Drittel auf die eigenen Kinder verlassen (37 Prozent). Jeder Vierte würde im Bedarfsfall Sozialhilfe bzw. Hartz IV in Anspruch nehmen. Zudem verweisen einige Befragte auf die Unterstützung durch sonstige nahe Angehörige (18 Prozent) und Freunde (7 Prozent).

Glossar

Berufsunfähigkeit: Voraussichtlich mindestens sechs Monate infolge von Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfalls ununterbrochen andauernde Unfähigkeit des Versicherten, seinen Beruf oder eine andere Tätigkeit auszuüben, die er aufgrund seiner Ausbildung und Erfahrung ausüben könnte und die seiner bisherigen Lebensstellung entspricht. Die Berufsunfähigkeit ist von der Erwerbsunfähigkeit abzugrenzen.

Betriebliche Altersversorgung (bAV): Leistungen der Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversorgung, die einem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber zugesagt worden sind. Neben der Arbeitgeberfinanzierung gibt es arbeitnehmerfinanzierte bAV (Entgeltumwandlung). Seit 1. Januar 2002 besteht ein Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf Entgeltumwandlung in Höhe von 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (2014: 2.856 Euro).

Biometrie: Oberbegriff einer Gruppe von Risiken, die eng mit dem Lebenslauf eines Menschen zusammenhängen und über deren Eintrittswahrscheinlichkeit umfangreiche Statistiken vorhanden sind.

Demographische Entwicklung: Vorausberechnungen zum zukünftigen Altersaufbau der Bevölkerung.

Dread-Disease-Versicherung: Absicherung gegen die finanziellen Risiken schwerer Krankheiten.

Erwerbsunfähigkeit: Unfähigkeit eines Menschen, seinen Lebensunterhalt durch Ausübung einer beruflichen Tätigkeit zu verdienen, aufgrund eines Zustands physischer oder psychischer Schwäche, der krankheits- oder behinderungsbedingt ist.

Invalidität: Invalide sind Personen, die aufgrund einer schweren Krankheit oder nach einem Unfall ihrer erlernten beruflichen Tätigkeit nicht mehr nachgehen können.

Pflegebedürftigkeit: Pflegebedürftig sind nach § 14 Abs. 1 SGB XI bzw. § 61 SGB XII Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. Über das Vorliegen einer Pflegebedürftigkeit entscheiden der Medizinische Dienst der Krankenkassen bzw. Medicproof. Bei Vorliegen einer Pflegebedürftigkeit wird zudem eine Pflegestufe festgestellt, die maßgeblich für die Höhe der von der Pflegeversicherung zu erbringenden Leistungen ist.

Ansprechpartner

Gothaer Versicherungsbank VVaG
Martina Faßbender
Presse und Unternehmenskommunikation
Gothaer Allee 1
50969 Köln
Telefon: 0221 308-34531
Fax: 0221 308-34530
E-Mail: martina_fassbender@gothaer.de

F.A.Z.-Institut für Management-,
Markt- und Medieninformationen GmbH
Dr. Guido Birkner
Frankenallee 68-72
60327 Frankfurt am Main
Telefon: 069 7591-3251
Fax: 069 7591-803251
E-Mail: g.birkner@faz-institut.de

ISBN: 978-3-89981-386-9



9 783899 813869